

# Schönburger Tageblatt

## und Waldenburger Anzeiger.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen. Annahme von Inseraten für die nächste Gemeindefnummer bis vormittags 11 Uhr. Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 1 Mk. 25 Pf. Einzelne Nr. 5 Pf. Inserate pro Zeile 10 Pf., Eingef. 20 Pf. Tabellarischer Satz wird doppelt berechnet.

Filialen: in Altstadtwaldenburg bei Herrn Kaufmann Otto Förster; in Kaufungen bei Herrn Fr. Janaschel; in Langenchursdorf bei Herrn H. Stiegler; in Penig bei Herrn W. elm Dahler, Cigarrengeschäft an der Brücke; in Rochsburg bei Herrn Paul Jessl; in Wollenburg bei Herrn Ernst Rösch; in Ziegelheim bei Herrn Eduard Kirßen.

### Amtsblatt für den Stadtrath zu Waldenburg.

Zugleich weit verbreitet in den Städten Penig, Lunzenau, Lichtenstein-Callenberg, und in den Ortschaften der nachstehenden Standesamtsbezirke: Altstadt-Waldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, St. Egidien, Ehrenhain, Frohnsdorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenchursdorf, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Niederwiera, Oberwiera, Oberwinkel, Delasitz i. G., Reichenbach, Remse, Rochsburg, Rusdorf, Schlagwitz, Schwaben, Wölktenburg und Ziegelheim.

No. 70.

Sonnabend, den 25. März

1899.

Witterungsbericht, aufgenommen am 24. März, nachm. 4 Uhr. Thermometerstand — 0° C. (Morgens 8 Uhr — 4° C.) Feuchtigkeitsgehalt der Luft nach Barometerstand 762 mm. reducirt auf den Meerespiegel. Lambrechts Polymeter 43%. Hauptwindrichtung: Nordwest. Daber Witterungsaussichten für den 25. März: Halbheiter.

Waldenburg, 24. März 1899.

Es hat sich bestätigt, was schon in der verflossenen Woche berichtet wurde, daß verschiedene deutsche Fürsten in Berlin ihre Anschauungen über eine mögliche Reichstagsauflösung haben zum Ausdruck bringen lassen, und zwar in einem Sinne, daß die Vornahme von allgemeinen Neuwahlen zum Reichstage unter den heutigen Zeitverhältnissen nicht wünschenswerth sei, wenn es Mittel und Wege geben sollte, diese Maßnahme zu verhüten. Diese Fürsten sind der Regent Prinz Luitpold von Bayern, der König Albert von Sachsen, Großherzog Friedrich von Baden und Herzog Georg von Meiningen gewesen. Die hohen Herren haben die Ueberzeugung unzweifelhaft gehabt, daß von der Auflösung des Reichstages die Socialdemokratie den größten Vortheil gezogen haben würde, sie haben deshalb zu einer Verständigung gerathen. Man darf wohl voraussetzen, daß der Wunsch nach einer solchen Verständigung auch schon an allerhöchster Stelle und beim Reichskanzler bestanden hat, immerhin hat das Eintreten der genannten Fürstlichkeiten wohl mit dazu beigetragen, der friedfertigen Gesinnung im Reichstage die Oberhand zu verschaffen.

Es ist erfreulich, daß sich auch bei dieser Gelegenheit das gute Einvernehmen unter den deutschen Fürsten, auf das wir angewiesen sind, sich so nutz- und friedebringend bewährt hat. Denn wir haben im Auge zu behalten, daß nach der vom Fürsten Bismarck so wohl erwogenen Reichsverfassung die Regierung des deutschen Reiches bei allen deutschen Fürsten gemeinsam liegt. Der Kaiser ist als Erster unter den verbündeten Fürsten der Vollstrecker aller Beschlüsse, aber nicht im eigenen Namen, sondern im Namen der verbündeten Regierungen. So liegt auch dem Kaiser nicht die Befugniß bei, aus eigener Machtvollkommenheit den Reichstag aufzulösen, nur der Bundesrath, das ist die Gesamtheit der Vertreter des verbündeten Regierungen, kann hierüber entscheiden. Aus dieser Feststellung ist schon zu ersehen, daß Kaiser Wilhelm II. die seiner Zeit behaupteten Worte „der Zar könne in Sachen der Reichsvertheidigung thun, was er wolle, während er, Kaiser Wilhelm II., stets erst die Zustimmung des Reichstages einholen müsse“, nicht gesagt haben kann. Auch zu Verstärkungen der Armee ist die Zustimmung aller deutschen Fürsten resp. ihrer Regierungen erforderlich. Wenn auch wohl in solchen wichtigen Fragen die Regierungen einig sind, so sind sie es doch nicht immer. Aus der letzten Zeit ist bekannt, wie verschiedene Regierungen die Behandlung der lippischen Thronfolgefrage in anderer Form wünschten, als es von der Mehrheit beschlossen worden ist.

Der große Kenner deutscher Eigenheiten, Fürst Bismarck, hat wohl gewußt, was er that, als er die Reichsverfassung so gestaltete, daß jede Gefahr, aus dem Bundesstaat einen Einheitsstaat zu gestalten, verschwinden mußte. Der erste Reichskanzler hat die Menschen nie darnach behandelt, wie sie scheinen, sondern wie sie ihrer innersten Natur nach sind. Unter der himmelstürmenden Begeisterung von 1870/71 wäre vielleicht in der Verfassung noch Manches zu ändern gewesen, aber Bismarck sah voraus, daß den Jahren des Enthusiasmus auch andere der kühlen Erwägung folgen würden. Es giebt heute keine Maingrenze mehr, aber man kann durchaus noch nicht sagen, daß Süddeutsche und Norddeutsche heute in allen Punkten harmoniren. Indem die Reichsverfassung allen deutschen Regierungen gleiche Rechte — Bayern und Württemberg haben ja dazu noch Sonderrechte — gab, gab sie allen Staaten das Recht, ihre Specialinter-

essen mit Nachdruck zu betonen, abweichende Anschauungen zu äußern. Hätten Alle die Dekrete der Reichsregierung blindlings hinnehmen müssen, es wäre nicht zum Aushalten gewesen. Fürst Bismarck stimmte auch den bayerischen und württembergischen Sonderrechten mit gutem Bedacht zu, wie er denn in seinem knorrigen Charakter von den Bayern stets sehr viel gehalten hat. Das war verwandte Wesensart.

Die Reichsverfassung ist nicht tabellos, das hat ihr Schöpfer selbst eingeräumt, aber ihr Princip ist das Einzige, das für unsere deutschen Verhältnisse paßt. Jeder Versuch, die Dinge zu bessern, würde sie in Wahrheit nur verschlechtern. Den praktischen Nutzen ihrer Gestaltung haben wir soeben erst gesehen: Zwei harte Steine mahlen nicht gut, und ständen sich bei uns nur schroffe Gegenätze gegenüber, wir würden aus dem Wahltrubel nicht mehr herauskommen. Fürst Bismarck hat in der ersten Hälfte der sechziger Jahre in Preußen den Verfassungskonflikt durchgeschoben, weil er die Verstärkung der Armee für unvermeidlich erachtete. Aber Freudejahre sind ihm diese nicht gewesen, in ihnen ist der Grund zu der nervösen Reizbarkeit Bismarcks zu suchen. Auf Frieden zwischen den deutschen Fürsten und der deutschen Volksvertretung, dem deutschen Reichstage, ist unser Volk angewiesen.

Kaiser Wilhelm II. hat als Erster unter den deutschen Fürsten das deutsche Reich in ganz anderer Weise, in glänzender Form repräsentirt, wie sein Großvater, der sich von den ihm lieb gewonnenen Gewohnheiten eines außerordentlich langen Lebens nicht mehr befreien wollte und es auch nicht konnte. Kaiser Wilhelm II. hat den Ansprüchen und Anschauungen der modernen Zeit Rechnung getragen, mit welchem Erfolge, das beweist die Geschichte der Palastindefahrt. Aber alles das kann im Innern des Reiches nichts verändern, das Verhältniß zwischen den Fürsten, an ihrer Spitze der Kaiser, und dem durch den Reichstag vertretenen Volke bleibt daselbe. Es kann sich niemals ändern, denn ein deutscher Einheitsstaat wäre kein Reich mehr, es wäre eine preussische Monarchie. Nach der Lage der Dinge ist das ausgeschlossen. Freuen wollen wir uns, daß auch die deutschen Bundesfürsten von ihrem Rechte, für den inneren Frieden im Reiche wirken, so nutzbringend Gebrauch gemacht haben.

### Politische Rundschau.

#### Deutsches Reich.

Das Kaiserpaar, das am Geburtstage Kaiser Wilhelm's I. im Charlottenburger Mausoleum einen Kranz niederlegte und sodann der Enthüllung zweier Denkmalsgruppen auf der Siegesallee beiwohnte, machte Donnerstag Morgen den gewohnten Spaziergang. Hierauf sprach der Kaiser beim Staatssekretär des Außern v. Bülow vor und hörte später im Schlosse die Vorträge des Kriegsministers v. Goplner und des Chefs des Militärkabinetts v. Gahnle. Mittags empfing Se. Majestät den neuernannten Commandeur seines englischen Royal-Dragoon-Regiments und den Kapitän z. S. Frihe vor dessen Abreise nach Ostasien als Chef der 2. Division des Kreuzergeschwaders. Nachmittags besuchte der Kaiser die Werkstatt des Prof. Siemering.

Bekanntlich kommt es häufig vor, daß wohlhabende Leute bei ihrem Tode ihr Vermögen zu wohltätigen Zwecken stiften, ohne auf vorhandene Erben Rücksicht zu nehmen, die in dürftigen Verhältnissen leben. Ein entschiedener Gegner hiervon ist Kaiser Wilhelm.

Erst kürzlich hat der Monarch in einer besonderen Kabinettsordre mit großem Nachdruck die Nothwendigkeit einer ausreichenden Abfindung hilfsbedürftiger Verwandten betont, welche bei Zuwendungen an Anstalten und Körperschaften unberücksichtigt geblieben sind. Da für die Annahme derartiger Hinterlassenschaften stets die Genehmigung des Kaisers nachzusuchen ist, so dürfte in Zukunft eine Aenderung hierin zu Gunsten etwaiger Erben eintreten.

Zum Bau eines neuen Schulhauses ließ der Kaiser aus seinem Dispositionsfonds der evangelischen Gemeinde zu Miloslaw 14,900 Mk. überweisen.

Prinz Arthur von Connaught verläßt am Ende der Sommerhälfte die Hochschule von Eton, da er als Thronfolger von Coburg-Gotha seine Erziehung in Deutschland vollenden müsse. In etwa zwei Jahren wird er in die preussische Armee eintreten.

Im Hinterlande von Kamerun ist das Gebiet von Abamaua jetzt unter die deutsche Herrschaft gekommen. Die „Voss. Ztg.“ kündigt aus diesem Grunde eine neue Vermehrung der Schutztruppe an.

Die große Kanalvorlage soll am Donnerstag, 18. April, zur ersten Lesung im preussischen Abgeordnetenhause gelangen. Es stehen also große Debatten gleich nach Ostern in Aussicht.

Ueber einen Unfall in unserer Marine wird aus Kiel berichtet: Das Panzerschiff „Oldenburg“ ist bei schwerem Schneesturm in der Strander Bucht aufgelaufen. Die Schiffe „Pelikan“ und „Norder“ sind zur Hilfeleistung nach der Unfallstätte abgegangen. Auch Admiral Köster und Vizeadmiral Thomsen haben sich dorthin begeben. Die Strandung erfolgte, da die Ankerkette brach.

Der bekannte freiconservative Reichstagsabgeordnete Frhr. v. Zedlitz-Neukirch hat soeben seine Ernennung zum Präsidenten der Preussischen Seehandlung erhalten. Die Berufung des Freiherrn auf diesen hervorragenden Posten gilt als ein Anzeichen dafür, daß derselbe zu noch Höherem ausersuchen sei und einmal zum Nachfolger des Herrn v. Riquel als preussischer Finanzminister ernannt werden wird. Herr v. Zedlitz hat übrigens das Mandat für seinen Wahlkreis Langensalza-Mühlhausen schon jetzt niedergelegt, damit der Wahlkreis nach der Osterpause nicht zu lange unvertreten bleibt. Er beabsichtigt, sich um das Mandat wieder zu bewerben.

Der Reichsschatzsekretär Frhr. v. Thielmann hat einen 14tägigen Urlaub angetreten, um sich nach Frankreich und Italien zu begeben. Als Vorläufer eines bevorstehenden Rücktritts des Staatssekretärs, von dem angeht des Fleischschau-Gesekentwurfs so viel geredet worden, ist der Urlaub nicht anzusehen. Derselbe hängt vielmehr mit amtlichen Informationen zusammen.

Zu dem Entwurf eines Fleischschau-Gesekentwurfs hat die Berliner Fleischerinnung durch eine Resolution Stellung genommen, die den Reichstag auffordert, das Gesek abzulehnen, falls nicht die vom Auslande einzuführenden Fleischwaren derselben Controlo unterstellt werden, wie die deutschen und der Verkauf nur unter Angabe der Herkunft gesekhen darf, und wenn nicht die Einfuhr von Fleischwaren durch Gesek verboten wird, bei denen eine geeignete Controlo unmöglich ist, wie bei Wurst und Büchsenfleisch. Außerdem wird die Zustimmung zu dem Entwurfe von der Bedingung abhängig gemacht, daß die Einfuhr von lebendem Vieh aus dem Auslande nach Osten mit öffentlichen Schlachthäusern in geeigneter Weise geregelt wird, und daß die Befugnisse des Bundesraths auf den Er-